

Freiheit und Sicherheit.



Grundsätze für Deutschland.

Das Grundsatzprogramm.

Beschlossen vom 21. Parteitag
Hannover, 3.–4. Dezember 2007

CDU

Der demografische Wandel

51. Während die Weltbevölkerung stark wächst, werden wir Deutsche weniger. Unsere Geburtenrate gehört zu den niedrigsten weltweit und reicht seit langem nicht mehr aus, den Bevölkerungsstand zu erhalten. Zugleich leben die Menschen in Deutschland erfreulicherweise länger. Die Bevölkerungspyramide wird auf den Kopf gestellt.

52. Eine kleiner werdende Gesamtbevölkerung mit einem immer höheren Anteil von älteren Menschen wird unsere Gesellschaft verändern. Künftig werden viele Ältere keine Kinder und Enkel haben; familiäre Netze werden ausgedünnt. Eine kinderarme, alternde Gesellschaft steht in einer Welt des raschen Wandels vor großen Bewährungsproben.

(...)

III. STARKE FAMILIEN – MENSCHLICHE GESELLSCHAFT

1. Neue Lebensverläufe – Neues Miteinander der Generationen

(...)

61. Durch die Länge von Schul-, Berufsausbildung und Studium rückt die Existenz- und Familiengründung zeitlich eng zusammen. Gleichzeitig ruht auf der Generation der Erwachsenen eine besondere Verantwortung für das Funktionieren des Zusammenlebens der Generationen: Sie erzieht die Kinder, kümmert sich um die älteren Familienmitglieder, bringt ihren Anteil in den Generationenvertrag ein und muss im höheren Maße als früher für das eigene Alter vorsorgen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Kernbestandteil christlich demokratischer Politik. Wir wollen, dass diejenigen, die in unseren Familien Arbeit und Verantwortung übernehmen, die breite Unterstützung aus allen Teilen der Gesellschaft erfahren und in den Sozialversicherungen wie im Steuersystem besser gestellt werden.

62. In naher Zukunft lebt etwa ein Drittel der Gesellschaft ein Drittel seiner Lebenszeit nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Es ist falsch, vom Ruhestand zu sprechen. Im Gegenteil, die Älteren sind eine große Chance und mit ihrer Lebenserfahrung ein gewaltiges Kapital für unsere Gesellschaft. Sie sind bereit, sich einzubringen. Wir wollen mehr und bessere Angebote, um unsere älteren Mitbürger einzuladen, mit Kindern und Jugendlichen, mit Eltern und Erwerbstätigen ein lebendiges Miteinander zu gestalten. Jeder hat eine Aufgabe. Alle werden gebraucht.

(...)

64. Ein neues Verständnis vom Alter und vom Ende der Erwerbstätigkeit bestimmt unsere Politik zum Ende der Erwerbsarbeit. Viele Menschen können und wollen länger arbeiten. Nicht nur die Gesellschaft und das Ehrenamt, auch die Wirtschaft und die Unternehmen brauchen in verstärktem Maße das Wissen, das Engagement und die Tatkraft älterer Menschen. Viele von ihnen erleben es als eine Form der Altersdiskriminierung, wenn sie gegen ihren Willen aus dem Arbeitsleben oder einer ehrenamtlichen Tätigkeit ausscheiden müssen. Wir wollen mehr Flexibilität in diesen Bereichen.

(...)

V. ERNEUERUNG DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT IN DER GLOBALISIERTEN WELT

Arbeit für Alle

171. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist hauptsächlich strukturell bedingt. Wir brauchen deshalb nicht nur mehr nachhaltiges Wachstum, sondern zielgerichtete Bildungsinvestitionen und eine umfassende Reform des Arbeitsmarktes. Wir wollen bessere Beschäftigungschancen für Ältere, gering Qualifizierte und Langzeitarbeitslose. Gerade sie fühlen sich von Freiheit und Teilhabe ausgeschlossen.

(...)

Alterssicherung

190. Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist gegenwärtig die wichtigste Form der Alterssicherung. Sie beruht auf dem Generationenvertrag. Die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung und die langfristig sinkende Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten führen dazu, dass zunehmend weniger Arbeitende einer ständig wachsenden Zahl an Rentnerinnen und Rentnern gegenüberstehen. Der Generationenvertrag muss deshalb auf eine neue, stabile Basis gestellt werden, die den jüngeren Menschen eine sichere Lebensplanung ermöglicht und Älteren ein hohes Maß an Verlässlichkeit bietet.